scantoweb Demoportal

Inhouse-Digitalisierung

Zur Vorgeschichte des Praesidentenwahlkampfes in den Vereingten Staaten

Stuttgart, 1897

urn:nbn:de:s2w-937

Visual Library

Verein zum Schutz der deutschen Goldwährung.

Währungs-Bibliothek
7. Heft.

Zur Vorgeschichte
des
Präsidentenwahlkampfes
in den
Vereinigten Staaten.

Von

Einem Amerikaner.

Stuttgart.
Kommissions-Verlag von Adolf Bonz & Comp.
1897.

[USH 0M]

Verein zum Schutz der deutschen Goldwährung.

Währungs-Bibliothek
7. Heft.

Zur Vorgeschichte
des
Präsidentenwahlkampfes
in den
Vereinigten Staaten.

Von

Einem Amerikaner.

Stuttgart.
Kommissions-Verlag von Adolf Bonz & Comp.
1897.

Druck von A. Bonz' Erben in Stuttgart.

Die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten vom November 1896 ist in einer wichtigen Beziehung ein Unikum in der Weltgeschichte. Bis dahin nämlich war es nie vorgekommen, daß ein Volk in seiner Gesamtheit sich über die Wahl zwischen dem Bimetallismus und dem Monometallismus schlüssig zu machen hatte; man hatte es bisher den Fachmännern, oder höchstens den Parlamenten überlassen, die Währungsverhältnisse zu bestimmen. Bei der fortschreitenden Demokratisierung des modernen Staates aber war es vorauszusehen, daß sich mit der Zeit ein Volk finden würde, das beanspruchen würde, auch auf dieses Gebiet seine Macht auszudehnen.

Fürst Bismarck hat im Laufe des Präsidentenwahlkampfes das Geständnis abgelegt, er habe, als er noch an verantwortlicher Stelle sich befand, das nötige Zutrauen zu seinem eigenen Urteil in der Währungsfrage den Fachmännern gegenüber nicht gehabt, um hier auf eigene Verantwortlichkeit vorzugehen und die Sache nach seinen persönlichen Ansichten zu entscheiden und zu regeln. Wie jeder moderne Staatsmann, so hat auch Bismarck, — an dieser Stelle wenigstens — die Erfahrung gemacht, daß das Staatsleben der Neuzeit zu mannigfaltig und kompliziert ist, um von einem einzigen Geist, wie groß und weitsehend er auch sei, in seinem ganzen Umfange beherrscht werden zu können; das Problem des Regierens besteht heute, wie nie zuvor, darin, erfahrene Kräfte aufzusuchen und heranzuziehen und denselben bei Fachfragen möglichst freie Hand zu lassen.

Um derartige Erfahrungen kümmerte sich das amerikanische Volk wenig. Es entriß ein rein technisches Problem den Händen der Fachmänner um es für sich durch das allgemeine Wahlrecht zur Entscheidung zu bringen.

Was war die Vorgeschichte, welche Entwicklungsstufen gingen voran, durch die das Volk zu diesem Schritte gebracht wurde? Da die Währungsfrage nicht durch die Anhänger der bestehenden Goldwährung, sondern durch die Freisilberleute in den Wahlkampf hinein geworfen wurde, so ist diese Frage näher dahin zu präzi-

sieren: wie ist ein Teil der amerikanischen Staatsbürger dazu gekommen, bei der Währungsfrage einen Standpunkt einzunehmen, der von den besonneneren Bimetallisten selber als höchst gewagt und sogar unheilbringend verurteilt wird? Um das klar zu machen, so weit Klarheit hier überhaupt zu schaffen ist, müssen wir über dreißig Jahre zurückgreifen.

Der Ausgangspunkt dieser ganzen Entwickelung liegt in den unseligen Finanzwirren des Bürgerkrieges.

Im Jahre 1862 ging das Land, durch die ungeheuren Kriegskosten gedrängt, zur Papierwährung über. Im Laufe des Krieges wurden durch die sogenannten „Legal Tender"-Gesetze von 1862 und 1863 Staatsschatznoten im Gesamtbetrage von $ 449 Millionen emittiert. Diese Noten („Greenbacks" genannt, weil deren Kehrseite grün gedruckt war) hatten nach dem Gesetz volle Zahlungskraft für alle Privatschulden, auch für solche, die schon bestanden. Das Gewagte und sogar Unmoralische dieses Schrittes wurde von verschiedenen der führenden Mitglieder des Kongresses betont; man nahm auch an, das Oberbundesgericht würde ein solches Gesetz nie als verfassungsmäßig anerkennen. Gegenüber der verzweifelten Lage aber mußte jedes Bedenken verstummen. Die Befürworter dieser Maßregel entschuldigten sich auch damit, daß die Noten nur ein Notbehelf für den Augenblick seien, nach Beendigung des Krieges würde man sie alle sogleich einlösen und vernichten. Damit die Noten nicht durch ihre Menge allzu gefährlich für das Geschäft würden, auch ihr Kursstand möglichst hochgehalten werde, wurde den Inhabern das Recht eingeräumt, sie beim Schatzamt gegen 6 % Bonds umzutauschen. Diese Bestimmung hat nach dem Kriege Veranlassung zu bitteren Klagen gegen die Kapitalisten gegeben; denn diejenigen, welche die Greenbacks bei ihrem niedrigsten Kursstand gegen Bonds umtauschten, machten dabei unzweifelhaft ein sehr gutes Geschäft.

Unter diesem Gesetz verschwanden Gold und Silber sofort aus dem Verkehr; das Papiergeld sank sogleich, bis es im Juli 1864 seinen tiefsten Stand mit 38,7 erreichte. Alle Preise gingen natürlich in die Höhe. Auch nach dem Kriege trieb die gewaltige Spekulationswut sie noch bedeutend höher, obgleich der Kursstand des Papiergeldes sich soweit gebessert hatte, daß das Disagio im Jahre 1873 nur noch 9—14 Prozent betrug.

Das Papiergeldsystem hat nun, wie Gift, in den breiten Schichten der Bevölkerung, insbesondere bei den Weizenbauern des Westens und den Baumwollpflanzern des Südens gewirkt, und zwar aus politischen, wie auch aus wirtschaftlichen Gründen. Die politische Ursache, welche die öffentliche Meinung am meisten zu Gunsten der Papiergeldwirtschaft beeinflußt hat, war ein Urteil des Oberbundesgerichts, die sogenannte und vielbesprochene „legal tender decision." Vier Jahre nach dem Kriege nämlich wurde

vom Oberbundesgericht mit fünf Stimmen Mehrheit gegen drei entschieden, derjenige Paragraph des schon erwähnten Legal Tender-Gesetzes, welcher dem Papiergelde Zwangskurs erteilte, sei nicht verfassungsmäßig, soweit es auf schon kontrahierte Schulden ankomme. Präsident Grant und seine Ratgeber wollten es bei diesem Urteil durchaus nicht belassen. Die Stelle eines der Richter, der mit der Majorität gestimmt hatte, war bald nachher vakant geworden, und eine neue Richterstelle wurde vom Kongreß geschaffen. Die beiden Stellen wurden nun vom Präsidenten mit zwei Männern besetzt, welche ausgesprochene Gegner des Urteils waren, und als es schon im Dezember 1870 zu einer zweiten Verhandlung über dieselbe Frage kam, wurde das frühere Urteil aufgehoben und dem Papiergelde unbeschränkter Zwangskurs zuerkannt.

Wie diese mehr als fraglichen Eingriffe des höchsten Gerichtes damals von besonnenen Geistern verurteilt wurden, und wie das Gericht selber an Ansehen durch dieses zweite Urteil verlor, braucht hier nicht näher erwähnt zu werden. Es genüge, darauf hinzuweisen, daß die Geldverschlechterer bis heute die Berechtigung gefunden zu haben glauben, sich bei allen ihren Angriffen gegen die Goldwährung auf die Autorität des höchsten Gerichtes des Landes zu berufen; und das ungemein hohe Ansehen des Gerichts hat leider sehr dazu beigetragen, falsche Währungsideen im Lande zu verbreiten. Auch ist es kaum zweifelhaft, daß das erwähnte Urteil mit Schuld daran ist, daß die Greenbacks noch im Umlauf sind.

Im Jahre 1862 glaubte wohl keines der Kongreßmitglieder, daß die Noten länger als ein paar Jahre nach dem Kriege im Umlauf bleiben würden. Dies geht klar daraus hervor, daß schon ein Jahr nach Beendigung des Krieges der Kongreß ein Gesetz annahm (12. April 1866), nach welchem monatlich $ 10 Millionen in Noten während der nächstfolgenden 6 Monate und darnach monatlich $ 4 Millionen eingezogen und vernichtet werden sollten.

Hier aber fingen die Farmer an, einen Druck auf den Kongreß auszuüben und zwar in einem mit einem gesunden Währungssystem unverträglichen Sinne. Die großen Emissionen von Papiergeld während des Krieges im Zusammenhang mit der natürlichen Verteuerung der Waren durch den Krieg, durch den Mangel an Arbeitskräften ꝛc. hatten den Farmern große Vorteile gebracht. Die Preise für das Jahr 1860 mit 100 berechnet, waren im Jahre 1866 Weizen bis auf 181, Mais auf 138, Baumwolle auf 365, Rindvieh auf 217, Schweine auf 162 gestiegen. Da diese Steigerung scheinbar lediglich der Geldvermehrung zu verdanken war, so war es den meisten Farmern bange, als sie davon reden hörten, man wolle das liebe Papiergeld wieder verbrennen. Das Wort „Contraction", das damals in Gebrauch kam, ist bis heute ein Schreckbild für die meisten Farmer. Man will uns, so meinten sie 1866, die Preise unsrer Produkte durch die Contraction der Umlaufsmittel herabdrücken.

Bald war eine Bewegung in Scene gesetzt, und schon in weniger als zwei Jahren der Kongreß so weit eingeschüchtert, daß die Einlösung der Noten sistiert wurde, nachdem nur $ 44 Millionen eingelöst worden waren. Im Jahre 1873 fand diese Bewegung durch den großen Krach eine bedeutende Unterstützung, und der fügsame Kongreß mußte $ 26 Millionen von den schon eingelösten Noten wieder emittieren. Damit waren die Noten wieder auf $ 382 Millionen gebracht, die Geldvermehrungsgelüste aber noch lange nicht befriedigt. Die Folgen des Krachs aber machten der Periode der wüsten Spekulation ein jähes Ende, und die künstlich in die Höhe getriebenen Preise schlugen nun um. Die Lähmung des Geschäfts verbreitete auch in anderen Kreisen und Schichten der Bevölkerung tiefe Unzufriedenheit. Unter diesem Druck entschloß sich der Kongreß, die sogenannte „Inflation-Bill" zu adoptieren (April 1874), wonach das Maximum der Noten auf $ 400 Millionen gebracht und außerdem $ 46 Millionen durch die Nationalbanken emittiert werden sollten. Das Veto des Präsidenten machte die Bill unschädlich, gab aber den Geldagitatoren neuen Anlaß zu ihrer unseligen Propaganda. Jetzt nahm ihre Bewegung eine bestimmtere Form an; jetzt hieß es: Los von den alten Parteien, die sind beide gleich schlecht; einen Kreuzzug gilt es, um unser geliebtes Papiergeld zu retten!

Unter diesem Schlagwort wurde die sogenannte „Greenback Party" gebildet, eine Partei, welche in der zweiten Hälfte der 70er Jahre den Berufspolitikern bange Sorgen bereitete und manchen von den führenden Staatsmännern zu bedauerlichen Zugeständnissen zwang. Sie wählte sogar eine beträchtliche Anzahl ihrer eigenen Mitglieder in das Repräsentantenhaus und trat mit einem eigenen Kandidaten für die Präsidentenwahl auf. Ihrer weiteren Ausbreitung trat aber bald etwas in den Weg, das jeder auf allgemeiner Unzufriedenheit fußenden Geldagitation verderblich ist: in den Jahren 1878—82 nämlich fielen die Ernten ungemein gut aus. In derselben Zeit hatte Europa einige schlechte Erntejahre, die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Produkten aus Amerika stieg enorm, und der Goldzufluß aus Europa war entsprechend groß, was die Wiederaufnahme der Goldzahlungen sehr erleichterte. Dieser Fülle und Zufriedenheit konnte die „Greenback Party" nicht standhalten, sie verschwand beinah so plötzlich, wie sie ins Leben getreten war.

In der Periode der Greenback-Bewegung und teilweise infolge ihrer Agitation hatte der Kongreß das vielbesprochene Blandgesetz angenommen, das gegen das Veto des Präsidenten Hayes Gesetzeskraft erlangte. Damals fing man an, die neue Silbersprache auszuprägen. Damals kamen die meisten jener sinnlosen Schlagworte, wie „die Geldmacht", die „Plutokratie", „Wallstreet" in Gebrauch, vor allem aber fing man an, von dem „Verbrechen von 1873" zu reden.

Das sogenannte „Verbrechen von 1873" hat besonders während des jüngsten Wahlkampfs eine gewaltige Rolle gespielt, verdient deshalb nähere Erwähnung. Im Jahre 1873 wurde ein Gesetz für die Ordnung und teilweise Neugestaltung der Münzgesetzgebung vom Kongreß angenommen. Bei der Aufzählung der Münzen in diesem Gesetz wurde der Silberdollar bis dahin auch auf Privatrechnung ausgeprägt, nicht mehr erwähnt. Aus diesem Umstand bildete sich während der Greenbackbewegung die Legende aus, man habe den Silberdollar heimlich und ohne Wissen der Kongreßmitglieder beseitigt. Das ist die erste Stufe der Legendenbildung; später verstieg man sich sogar zu der Behauptung, der Kongreß sei durch britisches Gold bestochen worden, und der Vermittler der bekannte Bimetallist und Schriftsteller Ernest Seyd gewesen. Hier ist es nicht am Platz, diesen leeren Fabeln entgegenzutreten; sie werden nur erwähnt, um den Leser über den Brennstoff zu dem gewaltigen Brande, der dann im vorigen Herbst emporloderte, zu orientieren. Thatsache ist, daß durch das erwähnte Gesetz der Golddollar als alleinige Basis der Währung ausdrücklich anerkannt wurde, nachdem er diesen Charakter schon seit dem Jahre 1837 im Verkehrsleben gehabt — ausgenommen natürlich die 11 Jahre seit 1862, wo das Papiergeld herrschte, — und weitere Thatsache ist, daß die Zahlungskraft des Silbers auf 5 Dollars beschränkt wurde.

Wieweit aber obige Legende Glauben unter den Farmern gefunden hat, mag hier durch einen Währungsdisput beleuchtet werden. Im Gespräch mit einem Baumwollpflanzer während der Geldkrisis von 1893 wurden vom Verfasser dieses Aufsatzes die bekannten Argumente gegen die freie Silberprägung geltend gemacht; als der Pflanzer keine genügende Widerlegung finden konnte, äußerte er sich endlich folgendermaßen: „Was Sie da sagen, mag wohl wahr sein; aber trotz alledem würde ich doch für Freisilber stimmen, und wenn es auch nur aus Rache gegen die Schufte und Verschwörer von 1873 geschähe!"

Das Blandgesetz von 1878 war ein Kompromiß. Das Repräsentantenhaus hatte eine Vorlage für die freie Silberprägung mit beschränkter Zahlungskraft angenommen, der Senat dagegen hatte der Vorlage eine weniger gefährliche Form gegeben, und man einigte sich schließlich über den monatlichen Silberankauf von mindestens $ 2 000 000, aber nicht mehr als $ 4 000 000 Wert und dessen Ausprägung in Standard-Dollars mit voller Zahlungskraft für alle Schulden, öffentliche wie private. Bei der Beratung über die Vorlage machten die entschiedenen Anhänger der Goldwährung ihr Bedenken dagegen mit allem Ernst geltend. Auf der Geldtheorie des Ricardo fußend, prophezeiten sie mit aller Bestimmtheit Unheil für das Land. Die Goldmänner hatten jedoch nicht allen Faktoren des Problems Rechnung getragen, sie

ahnten nicht, wie aufnahmefähig sich das Land bei dem scharf gesteigerten Geschäftsverkehr der nächstfolgenden Jahre für das vermehrte Umlaufsmittel zeigen würde; auch konnten sie nicht voraus sehen, daß gleichzeitig eine bedeutende Abnahme in dem Gesamtbetrage der Nationalbanknoten stattfinden und auf diese Weise dem neugeprägten Silber, das freilich fast nur in der Form von Silberzertifikaten Umlauf fand, Raum machen würde. Kurz, kein Unglück trat ein. Die Goldpropheten hatten sich geirrt und ihr Ansehen im Lande geschädigt.

II.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre war die Silberbewegung und überhaupt der Geldvermehrungsgedanke — soweit die Landwirte in Betracht kamen — scheinbar fast ganz eingeschlafen. Es ist nun nicht uninteressant, auf welche Weise diese Bewegung wieder wachgerufen wurde. Dies wurde nämlich hauptsächlich durch die politischen Chicanen im Kongreß, nicht durch den Druck der Farmer zu stande gebracht.

Der Monat Dezember 1887 war ein Wendepunkt in der neueren Politik Amerikas. Damals nämlich schickte der Präsident Cleveland seine in Amerika berühmt gewordene Botschaft zu Gunsten der Tarifreform an den Kongreß. Von da ab wendete sich das Hauptinteresse des Landes dieser Frage zu, welche dann auch den Streitgegenstand bei der im Jahre 1888 erfolgenden Präsidentenwahl bildete. Cleveland hatte sich jedoch verrechnet; seine Aussichten, wiedergewählt zu werden, galten vor dieser Botschaft als so gut wie sicher. Bei der knapp bemessenen Agitationsfrist für eine neue Frage aber gelang es den Republikanern, ihren Kandidaten Harrison durchzubringen, auch im Repräsentantenhaus eine kleine Mehrheit zu erlangen.

Als die Republikaner nun ans Ruder kamen, fanden sie folgende Situation vor: Es lagen am 30. Juni 1889 in dem Schatzamt und den Staatskassen $ 394 Millionen, davon $ 303 Millionen in Gold; die Staatseinnahmen waren während der vorhergehenden zehn Jahre durchschnittlich um $ 103 Millionen jährlich größer, als die Ausgaben. Cleveland war energisch für die Verringerung der Einnahmen durch eine Ermäßigung der Eingangszölle eingetreten, und zwar aus dem guten Grunde: unnötige Besteuerung sei dem Volke gegenüber eine Ungerechtigkeit, und der noch immer anwachsende Überschuß sei eine beständige Gefahr für den Geldmarkt; um letzterer Gefahr vorzubeugen und dem Verkehr das flüssige Geld nicht allzu sehr zu entziehen, kaufte das Schatzamt auf dem offenen Markte und zum Tageskurse Millionen von noch nicht fälligen Bonds.

Der Ueberschuß bildete auch eine ernste Gefahr für das Schutzzollsystem, und damit für die republikanische Partei selbst, also

mußte er durchaus beseitigt werden, und zwar nicht nur unter Beibehaltung, sondern vielmehr unter Verschärfung und Befestigung dieses Systems. Man griff das Werk an beiden Enden zugleich an. Man sorgte nämlich dafür, daß die Ausgaben bedeutend und permanent vermehrt, und gleichzeitig die Einnahmen durch weitgehende Erhöhung der Zölle verringert wurden. Wie die erste Hälfte des Problems gelöst wurde, erhellt aus folgenden Zahlen: Während des Jahrzehnts bis Ende Juni 1889 betrugen die Staatsausgaben durchschnittlich $ 260 Millionen jährlich, davon $ 65 Millionen für Militär- und Marinepensionen; während der 4 Jahre des Präsidenten Harrison dagegen waren die durchschnittlichen Ausgaben $ 425 Millionen, wovon $ 131 Millionen auf das Konto der Pensionen fielen.

Die Arbeit am anderen Ende des Problems bildete das berüchtigte Mc. Kinley-Gesetz, — ein Gesetz mit dem Zwecke, wie es in seinem Titel hieß, „die Einnahmen zu reduzieren". Diesem Zweck sollte hauptsächlich die Abschaffung des Zuckerzolls ($ 60 000 000 jährliche Einnahmen) — welcher, wegen der geringen Produktion in Amerika, nicht als ein Schutzzoll anerkannt wurde — und eine schrankenlose Hinaufschraubung der Zölle bei anderen Waren in der Weise dienen, daß die Einnahmen durch verringerte Einfuhr fremder Produkte herabgemindert würden.

Diese Vorgänge auf dem Gebiet der Finanzgesetzgebung finden hier nur Erwähnung, weil sie im engsten ursächlichen Zusammenhang mit der Silbergesetzgebung des Jahres 1890 stehen. Um nämlich der Mc. Kinleybill im Senat die nötige Unterstützung zu schaffen, mußten die republikanischen Parteiführer dem Silberflügel der Partei aus den neuerlich in die Union aufgenommenen Minenstaaten Zugeständnisse machen. Die Mc. Kinleybill war schon am 21. Mai vom Repräsentantenhaus votiert worden; zwei Tage später erschien sie im Senat und wurde dem zuständigen Ausschuß überwiesen. Dort aber erfuhr sie eine lange Verzögerung. Von den republikanischen Silbersenatoren, die im Jahre vorher durch 8 Stimmen aus den neu errichteten Staaten verstärkt worden waren, brachte z. B. einer den Antrag ein, der Ausschuß solle in seinem Bericht jede einzelne Zollerhöhung besonders begründen. Fast einen Monat lang blieb die Mc. Kinleybill im Finanzkomite des Senats stecken. Inzwischen aber hatten die republikanischen Silbersenatoren ein Abkommen mit den demokratischen Senatoren des Südens getroffen und eine Vorlage für die freie Silberprägung am 17. Juni 1890 votiert. Am 18. wurde die Mc. Kinleybill endlich eingebracht; nach kurzer Zeit aber sah man von ihrer weiteren Beratung ab, bis das Silbergesetz unter Dach und Fach gebracht werde. Das Repräsentantenhaus hatte inzwischen die Freisilbervorlage verworfen und dafür eine Bill angenommen, welche den Einkauf von Silber in Höhe von $ 4 500 000 monat-

lich bestimmte. In den Konferenzverhandlungen zwischen den Vertretern der beiden Kammern wurde das sogenannte Shermangesetz zusammengeschmiedet, nach welchem das Schatzamt monatlich 4 500 000 Unzen Silber zum Marktpreise kaufen und dieselben mit Schatznoten (den sogenannten Shermannoten) bezahlen sollte. Das Gesetz enthielt aber eine Bestimmung, welche einen bedeutenden Fortschritt in der Währungsgesetzgebung des Landes bildet. Sherman hatte es nämlich in den Konferenzberatungen durchgesetzt, daß ein Satz in das Gesetz eingebracht wurde, der es als eine für die Währungspolitik feststehende Verpflichtung der Vereinigten Staaten erklärte, die Parität der beiden Metalle aufrechtzuerhalten.

Von Anbeginn an hatte man im Publikum vermutet, daß man das Shermangesetz nur mit Rücksicht auf das Zustandekommen des Mc. Kinleygesetzes adoptiert hatte. Daß dies thatsächlich der Fall gewesen, wurde erst im vorigen Jahre von Senator Teller im Senat unumwunden zugegeben. Sherman, dem es nie recht gefallen konnte, daß das widersinnige Gesetz mit seinem Namen getauft wurde, hatte in einer Rede die Dinge so dargestellt, als ob die republikanischen Senatoren das Gesetz bloß mit der Absicht angenommen hätten, einem eventuellen Gesetz für die freie Silberprägung vorzubeugen. Darauf erwiderte Teller, das Gesetz sei lediglich und allein eine Abfindung mit den Silbersenatoren gewesen, um ihre Stimmen für die Mc. Kinleybill zu gewinnen. Sherman war nicht im stande, diese Behauptung zu widerlegen. Auch hatte er schon einige Jahre früher Tellers Darstellung der Situation im voraus und in sehr naiver Weise so gut wie bestätigt. Bei der Feststellung der Menge des zu kaufenden Silbers, so ungefähr sagte Sherman, ging man von dem Standpunkte aus, die ganze amerikanische Produktion, damals ca. 45 000 000 Unzen, müsse vom Staate aufgekauft werden; dann sei von anderer Seite geltend gemacht worden, es würden in den Vereinigten Staaten 9 bis 10 Millionen Unzen Silber durch Verhüttung mexikanischer Erze jährlich gewonnen. Es schien nur billig, die ganze Silberindustrie des Landes ebenso in Schutz zu nehmen wie die Fabrikindustrie. Also einigte man sich auf den jährlichen Kauf von 54 000 000 Unzen zum Marktpreise und auf die Emission von Silbercertifikaten im gleichen Betrag mit dem Einkaufspreise des Silbers. Dieser Darstellung der Dinge ist auch Reed, der Sprecher des Repräsentantenhauses, später beigetreten. Die Verschleppung des Zustandekommens der Zollgesetzgebung im Jahre 1890 erklärte er im „Forum" (Novemberheft 1896) durch den Einfluß der Silberleute: „We had been sacrificed to silver" (Wir waren dem Silber zum Opfer gefallen). Aus diesen Geständnissen geht klar hervor, daß das unselige Shermangesetz nicht auf ein Währungs-, sondern auf ein protektionistisches Problem zugeschnitten war. Eine noch verhältnismäßig gesunde

Währungspolitik wurde einfach preisgegeben, um vermeintliche politische Vorteile auf einem anderen Gebiet zu erzielen, die Währung wurde, wie eine amerikanische Redensart besagt, „the football of politics."

Die Republikaner hatten aber mit ihrer Silber- und Finanzpolitik weit über das Ziel hinausgeschossen. Mit dem Shermangesetz (Juli 1890) hatten sie die ernstliche Befürchtung in den Kreisen der Großfinanz erregt, das Land steuere einem Silbersturz entgegen, — eine Befürchtung, welche sich dadurch zu erkennen gab, daß die Goldzahlungen für Zölle in das Unterschatzamt zu New-York von über 90 % im Juni 1890 bis auf 12 % im gleichen Monat 1891 zurückgingen. Das frei verfügbare Gold im Schatzamt, — d. h. der Goldbestand nach Abzug der umlaufenden Goldcertifikate — stand bei dem Amtsantritt Harrisons auf $ 196 000 000; am Schluß seiner Amtsperiode (4. März 1893) war es auf $ 103 000 000 zurückgegangen; mit anderen Worten, man sah sich fast schon in die Zwangslage gesetzt, die Goldreserve von $ 100 Millionen zur Einlösung der Greenbacks anzugreifen. Erspart wurde dieser Schritt dadurch, daß sich gewisse Newyorker Bankiers durch Freunde der Regierung bestimmen ließen, dem Schatzamte $ 6 500 000 Gold zur Verfügung zu stellen. Eine Goldanleihe wurde in Erwägung gezogen; sogar die Platten für die zu emittierenden Bonds wurden schon fertig gestellt; sie wurden von Cleveland bei seinem Amtsantritt im Schatzkeller vorgefunden. Als Cleveland nun ans Ruder kam, waren alle wesentlichen Faktoren zu den Verlegenheiten des Schatzamtes während seiner Präsidentschaft schon vorhanden. In den drei Jahren, seitdem das Sherman-Gesetz in Kraft getreten war, hatte das Schatzamt $ 155 000 000 Gold, davon $ 87 000 000 im Fiscaljahre 1893, durch Export verloren; der Jahresüberschuß über die Ausgaben, welcher $ 105 000 000 1889 noch betrug, war jetzt bis auf $ 2 000 000 gesunken. Die furchtbare Krisis, die bald nach dem Amtsantritt Clevelands ausbrach, wird gewöhnlich durch amerikanische Anhänger der Goldwährung als eine spezifische Geldkrisis hingestellt. Das war sie aber nicht in dem Sinne, als sei ernstlich zu befürchten gewesen, die Regierung könnte nicht mehr lange die Goldwährung aufrechthalten; denn mitten in der Krisis ist ein Goldagio nicht entstanden, und die Greenbacks und Shermannoten blieben immer ebenso begehrt wie Gold selber. Eine Geldkrisis aber war es in einem anderen Sinne: die Geldschwierigkeiten einer Reihe von Banken, die sich mit gewissen schlecht wirtschaftenden Eisenbahnen zu weit eingelassen hatten, verursachten eine scharfe Einschränkung des Kredits. Dies führte das Fallissement auch vieler anderen Banken, und schließlich eine Panik herbei. Die Privatleute zogen massenhaft ihr Guthaben aus den Banken zurück, das starre amerikanische Bankwesen, wonach die Notenausgabe nur

langsam und allmählich vergrößert werden kann, erwies sich als vollkommen unzureichend, auch nur den Forderungen der Banken an einander nachzukommen. Die Clearing-Häuser mußten zu Gewaltmaßregeln greifen, nämlich zu der Emission der sogenannten Clearinghaus-Certifikate, die allein zu den täglichen Geldausgleichungen zwischen den Banken dienen sollten.

Hier wäre es wohl am Platze, die wesentlichen Züge des amerikanischen Nationalbankwesens kurz zu skizzieren. Denn die Bankfrage ist in Amerika politisch so mit der Währungsfrage verquickt, und unter den Farmern herrscht eine so entschiedene Erbitterung gegen die Banken, daß diese nicht wenig dazu beigetragen hat, Stimmung für die freie Silberprägung als eine gegen die Banken gerichtete Maßregel zu machen. Die Nationalbanken — die einzigen Zettelbanken in den Vereinigten Staaten — sind in der Zeit des Bürgerkrieges entstanden, und ins Leben gerufen worden, nicht als etwas an und für sich Gutes und Notwendiges, sondern — wie so oft in der Union die wichtigsten Staatsprobleme gehandhabt werden — als Mittel zum Zweck. Man wollte nämlich den Kurs der neuen Staatsbonds möglichst hoch halten; zu diesem Zweck bediente sich die Gesetzgebung zweier Maßregeln: erstens wurde durch das Nationalbank-Gesetz die Grundlage zu einem neuen Banksystem geschaffen, wonach die einzelnen Institute bei Hinterlegung von Bonds der Vereinigten Staaten in das Schatzamt zu Washington als Sicherheitsdepot für ihren Umlauf Noten emittieren dürfen; zweitens wurden, um für diese Noten Platz zu machen, diejenigen der alten sogenannten „State banks“ d. h. der Institute, die unter der Gesetzgebung der Einzelstaaten standen, einfach durch eine Steuer von 10 % aus dem Verkehr verdrängt.

Die neuen Noten hatten zwar den Vorteil, dem Inhaber eine unbedingte Garantie für ihre Sicherheit zu gewähren; die Bedingungen aber für diese Emission sind solche, daß sie dem Umlauf keine Elastizität verleihen. Die Banken müssen die zu hinterlegenden Bonds zum Marktpreise kaufen, und dürfen nur 90 % von ihrem Nominalwert in Noten emittieren; da aber die Bonds recht hoch über Pari stehen, so muß eine Bank mitunter 25 bis 30 % mehr Geld in Bonds anlegen, als sie in Noten emittieren darf. Wegen dieser harten Bedingungen eignet sich die Notenausgabe sehr schlecht dazu, Abhilfe für eine vorübergehende Krisis zu schaffen; denn der Bankier läßt sich nicht leicht dazu bestimmen, mit einem Geschäft überhaupt anzufangen, wozu die wirkliche Notwendigkeit vorüber sein könnte, noch ehe das Geschäft vollzogen ist.

Dazu kommt noch ein zweiter Grund: die Noten sämtlicher Banken (über 3 700 an der Zahl) werden alle vom „Bureau of Engraving and Printing“ zu Washington gedruckt; in einer Zeit

dringenden Bedarfs, wie im Sommer 1893, ist es unmöglich, die Noten so schnell zu liefern, wie sie verlangt werden. Thatsache ist, daß von den damals gelieferten Noten viele Millionen dem Schatzamte zurückgeschickt wurden, ohne daß man die Packete aufgemacht hatte, weil der Geldmangel schon vorüber war, ehe die Noten eintrafen. Der Gesamtnotenumlauf der deutschen Reichsbank hat in den zwei Wochen vom 15.—31. Dezember 1896 um Mk. 209 Millionen zunehmen können, um in den ersten zwei Januarwochen wieder um Mk. 163 Millionen zurückzugehen. Eine solche Elastizität kennt das amerikanische System nicht. In den zwei Monaten Juli und August 1893, also mitten in der furchtbaren Geldkrisis, hat der Umlauf aller Banken nur um $ 20 000 000 und im September nur um weitere $ 10 000 000 zugenommen. Man konnte sogar Gold aus Europa beziehen — was thatsächlich geschah —, ehe man die erforderlichen Schritte thun konnte, um den Notenumlauf zu erweitern. Wegen dieser so klar an den Tag getretenen Starrheit und Unzulänglichkeit des Bankwesens zeigen sich in den letzten Jahren viele bedeutende Politiker bemüht, Wandel in der Richtung größerer Elastizität des Umlaufs zu schaffen; bis jetzt aber sind diese Bestrebungen gescheitert an dem Widerstand der Republikaner einerseits, die das bestehende System als heilige Ueberlieferung aus dem Bürgerkriege für unantastbar halten, andererseits der Silberleute, welche die Emission von Banknoten überhaupt verbieten wollen, um für ihren Silberspuk desto erfolgreicher Propaganda machen zu können.

Die ständige Klage der Silberleute gegen die Nationalbanken ist wiederum die „Kontraktion": die Banken, so meinen diese Leute, ziehen ihre Noten fortwährend ein, um den Zinsfuß möglichst hoch zu halten und in dieser Weise die unbemittelten Klassen zu bedrücken, — eine Klage, welche freilich wieder aufgehoben wird durch die weitere Klage: die Banken machten ein weitaus zu gutes Geschäft mit der Notenemission. Thatsache ist, daß der Notenumlauf bedeutend zurückgegangen ist — von $ 358 Millionen in 1882, wo sie 30 % der Gesamtumlaufsmittel bildeten, bis auf $ 168 Millionen in 1891, wo sie nur noch 11 % des Umlaufs ausmachten. Die eigentliche Ursache dieses Rückgangs war, daß das Schatzamt die 3 % Bonds beständig einzog, während ein lohnendes Notengeschäft mit den 4- und 4 1/2 %-Papieren kaum zu machen war, weil deren Kursstand zu hoch war. Seit 1894 jedoch, infolge der Krisis von 1893 und der neuerlichen Staatsanleihen, ist der Gesamtbetrag der Noten wieder etwas gestiegen; am 1. Juli 1896 stand er auf einer Höhe von $ 226 Millionen.

Die Klagen der Farmer und ihrer Wortführer gegen die Banken beruhen also auf irrigen Vorstellungen. In gewisser Beziehung aber haben sie doch eine gewisse Berechtigung, insofern

darin der Mangel eines gutorganisierten landwirtschaftlichen Kreditwesens zum Ausdruck kommt. Die Nationalbanken beleihen überhaupt nicht, oder nur höchst selten landwirtschaftlichen Boden, und zwar aus dem sehr guten Grunde, weil bei jedem Falle erst der Rechtstitel des Besitzers durch einen Rechtsanwalt geprüft werden müßte — wie es in Amerika gang und gäbe ist, da es kein Grundbuch giebt, — und die Kosten hiefür außer Verhältnis zum Nutzen stehen; auch bei einem eventuellen Subhastationsverfahren würden die hohen Gerichtskosten und die übliche Verzögerung solcher Verhandlungen jeden Gewinn für die Bank ausschließen.

Seit der Krisis von 1893 und bis Mitte 1896 wurde die Erbitterung der Farmer durch die niedrigen Preise der Bodenprodukte bedenklich gesteigert. Weizen und Baumwolle, die zwei maßgebenden Artikel, hatten einen Tiefstand erreicht und dabei beharrt, wie nie zuvor. Es fehlte nicht an Führern, die den Farmern den Preissturz dadurch erklärten, daß sie ihn der Goldwährung in die Schuhe schoben, — und notleidende Landwirte sind bekanntlich überall leicht empfänglich gerade für solche Quacksalbereien auf dem Währungsgebiet.

Seitens der Goldleute hat es leider an kräftigem Widerstand gegen die Silberhetze während der drei Jahre vor Eröffnung des Wahlkampfes sehr gefehlt, — ausgenommen natürlich seitens Clevelands, Carlisles und überhaupt der Führer der Golddemokraten. Die tonangebenden Männer der republikanischen Partei waren in diesen höchst kritischen Jahren in Bezug auf die Währungsfrage meist stumm, und zogen es vor, die andauernd schlechte Geschäftslage den Demokraten zur Last zu legen wegen ihrer Zollpolitik, die sogar in dem schlechtesten dieser Jahre noch nicht formuliert war. Es ist noch in aller Erinnerung, wie sich die meisten republikanischen Politiker zu Anfang der Wahlkampagne dagegen sträubten, daß die Geldfrage in den Vordergrund der Agitation gerückt werden sollte. Die republikanische Nationalkonvention stellte die Schutzzollfrage in ihrem Programm voran und die Geldfrage erst an die zweite Stelle; während der ersten Wochen der Wahlkampagne machten ihre Redner den vergeblichen Versuch, die Geldfrage durch ihre schutzzöllnerischen Versprechungen zu verdrängen. Erst nachdem sich die Demokraten in Chicago für die freie Silberprägung erklärt hatten, und eine Aufwallung von Silberenthusiasmus im Lande sich bemerkbar machte, sahen sich die arg geängstigten Republikaner gezwungen, voll und ganz Farbe zu bekennen. Diese ihre ängstliche Haltung hat unzweifelhaft sehr viel dazu beigetragen, Stimmung im Volke für die Freisilbersache zu machen und die Ueberzeugung zu verbreiten, daß das Silber unbesiegbar sei, sobald es nur einmal zu einem förmlichen Kampfe zwischen ihm und dem Golde käme. Diese Ueberzeugung erklärt auch die

unerschütterliche Siegeszuversicht, mit welcher die Silbermänner bei Eröffnung der Wahlkampagne ins Feld zogen.

Die vier Staatsanleihen im Gesamtbetrag von $ 262 000 000, welche die Clevelandsche Regierung zum Schutze der Goldreserve aufnehmen mußte, hat die Erbitterung der Farmer auch weiter genährt. Die Anleihen wurden von den rabiaten Silbermännern dargestellt als Komplott der Geldmacht mit einer geknechteten Regierung, um die Farmer und die kleinen arbeitsamen Leute dem Goldmoloch auszuliefern. Die Notwendigkeit der Anleihen war nirgends klarer erkannt als in den Kreisen der Großfinanz von New-York. Als sich aber die großen Bankiers in diesem Sinne äußerten, erhoben überall im Lande die Silberleute ein Entrüstungsgeschrei, als ob die Bankiers nur deshalb die Anleihen wünschten, um Regierungsbonds als Grundlage für weitere Notenemissionen zu bekommen. Die Thatsache, daß es fast nur die Bankiers waren, welche Greenbacks und andere Noten zur Einlösung in Gold beim Unterschatzamt in New-York einreichten, wurde von den Silberleuten so hingestellt, als ob dies ein zielbewußtes Vorgehen der Bankiers wäre, um die Regierung zu weiteren Goldanleihen zu zwingen. Die Unzufriedenheit der Farmer wegen der Goldanleihen wurde auch von den Republikanern ihrerseits weiter geschürt, um für sich politisches Kapital aus der schwierigen Lage der Dinge zu schlagen. In ihren Parteikonventionen erklärten sie sich gegen jede Anleihe zu Friedenszeiten.

Viel Ärger hat es den Farmern auch bereitet, daß das Schatzamt den Inhabern von Greenbacks und Shermannoten den Anspruch auf Einlösung derselben ausschließlich nur in Gold einräumt. Die beiden Notensorten lauten freilich auf „Coin" (gemünztes Geld); da aber das Gesetz vom 12. Februar 1873 dem ganzen Geldwesen des Landes den Golddollar zu Grunde legt, und da ferner das (Sherman-)Gesetz vom 14. Juli 1890 es als eine feststehende Verpflichtung der Vereinigten Staaten erklärte, die Parität zwischen den beiden Metallen aufrechtzuerhalten, so haben bis jetzt alle Bundesschatzsekretäre sich für gesetzlich verpflichtet gehalten, diese Noten auf Verlangen in Gold einzulösen. Diese Politik wurde aber von den Silberfanatikern als eine ungerechtfertigte Bevorzugung der Großfinanzkreise seitens der Regierung verurteilt. —

Seitdem die Präsidentenwahl so günstig für die Goldwährung ausgefallen ist, kann man die Gefahr einer Geldverschlechterung im Sinne der freien Silberprägung als vorläufig beseitigt betrachten. Durch ihre Niederlage haben die Silberleute sichtlich an Mut verloren, die Anhänger der Goldwährung können getrost in die Zukunft blicken. Die Wahl hat im unerwartet hohen Grade die Neigung des Volkes zu der Goldwährung erwiesen. Auch ist fast sicher zu erwarten, daß die Silberleute nie wieder eine für ihre Propaganda so günstige Konjunktur politischer und

wirtschaftlicher Faktoren finden werden, wie im vorigen Jahre. Was diese Leute nicht schaffen konnten bei der tiefen wirtschaftlichen Depression der drei Jahre vor der Wahl, das werden sie nie schaffen können. Das amerikanische Volk hat die Versuchung von sich gewiesen gerade in dem Augenblick, wo sie besonders verführerisch hervortrat.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß das Land, obgleich im Besitze der Goldwährung, doch ein höchst unvollkommenes Geldsystem hat. Anstatt die Goldwährung möglichst zu befestigen, hat der Kongreß mit jedem Schritte, den er auf diesem Gebiet gethan, seitdem der Golddollar 1873 adoptiert wurde, — ausgenommen die Wiederaufnahme der Goldzahlungen des Jahres 1879 und die Aufhebung der Shermanakte des Jahres 1893 — augenscheinlich das Bestreben gehabt, an diesem festen Fundament wieder zu rütteln. Anstatt es aller Welt kund zu machen: wir haben die Goldwährung und beharren dabei für alle Zeit, läßt sich die Gesetzgebung auf allerlei gewagte Experimente ein. Noten werden in Gold eingelöst, um wieder emittiert, anstatt vernichtet zu werden; den Banken wird ein kostspieliges, unzweckmäßiges Emissionssystem ohne jede Elastizität aufgezwungen; Silber wird nach Hunderten von Millionen eingekauft und aufgespeichert; die Verkehrsadern werden mit Silbernoten und sonstigem Papiergelde überfüllt, und das Gold findet naturgemäß seinen Weg ins Ausland. Vor einem solchen Bilde kommt einem der treffende Spruch des Prof. James Bryce in seinem „American Commonwealth“ unwillkürlich in den Sinn: „Amerika hat das herrliche Privilegium der Jugend, das Privilegium, Fehler zu machen, ohne an deren Folgen leiden zu müssen.“

Von der Währungs-Bibliothek

(Verlag von Adolf Bonz & Co. in Stuttgart)

sind bis jetzt erschienen als

Heft 1. **Dr. Karl Helfferich** (Neustadt a. d. H.): „Die Währungsfrage." 2. Aufl.

Heft 2. **F. Thorwart** (Frankfurt a. M.): „Soll Deutschland seine Goldwährung aufgeben?" 2. Aufl.

Heft 3. **Dr. Karl Helfferich:** „Währung und Landwirtschaft."

Heft 4. Bergrat **Dr. Klüpfel** (Stuttgart): „Die Gold- und Silberproduktion und ihr Einfluß auf den Geldwert." 2. Aufl.

Heft 5. **Die Währungs-Debatte** im englischen Unterhause vom 17. März 1896. —

Heft 6. **M. von Brandt,** Kaiserlich deutscher Gesandter a. D., Wirkl. Geh. Rat. „Der Währungs- und Wahlkampf in den Verein. Staaten von Amerika."

Heft 7. „Zur Vorgeschichte des Präsidentenwahlkampfes in den Vereinigten Staaten." Von einem Amerikaner.

Im Anschluß an obige Broschüren ist eine Reihe weiterer Abhandlungen über die Hauptpunkte der vielseitigen Währungsfrage in Vorbereitung, und zwar:

Heft 8. **Dr. Wermert** (Halle): „Währung, internationale Geldbewegungen und Wechselkurse.

Heft 9. **Dr. R. Molter** (Ludwigshafen): „Währung und Exportindustrie."

Ferner sollen herausgegeben werden:

eine Anleitung zu einem Vortrag über die Währung (Disposition, statistische Thatsachen, Litteratur, endlich als Muster ein Vortrag selbst);

ausgewählte Schriften (z. B. der Autoritäten in der Währungsfrage, Schilderungen der Folgen früherer Geldwertschwankungen u. s. w.).

Vom „Verein zum Schutz der deutschen Goldwährung" wurde weiter herausgegeben:

Prof. Dr. Biermer, (Münster i. W.), „Leitsätze zur Beurteilung der Währungsfrage." Berlin 1896. C. Heymann's Verlag. Preis 1 Mark.

☞ Beitrittserklärungen zu dem Verein zum Schutz der deutschen Goldwährung, dessen Mitglieder obige Publikationen gratis erhalten, sind an Prof. Dr. Huber, Stuttgart, zu richten. (Mitgliedsbeitrag jährlich ℳ 2—5.)